

Wenn die Schweiz EU- und Euro-Mitgliedsland wäre ...

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Nach einer zwölfstündigen Marathonsitzung beschlossen die Finanzminister der EU am 9. Mai 2010 in Brüssel und der Internationaler Währungsfonds (IWF) bis zu EUR 750 Mrd. locker machen, um die Verschuldungs- und Währungskrise im Euroraum zu lösen. Diese Hilfezusagen ergänzen die zuvor gesprochene direkte Griechenlandhilfe in Höhe von EUR 110 Mrd. Zusammen gerechnet beläuft sich das Euro- und Griechenland-Hilfspaket somit auf EUR 860 Mrd. Die Finanzierung dieses "Europäischer Stabilisierungsmechanismus" soll zu EUR 520 Mrd. über die Euro-Zonenländern erfolgen, weitere EUR 60 Mrd. stammen aus der zentralen EU-Kasse, in denen die Euro-Länder selbstverständlich auch enthalten sind, und die restlichen EUR 280 Mrd. soll der IWF beisteuern. Auch an der IWF-Finanzierung sind mehrere EU-Länder beteiligt. Deshalb kann sich für einzelne Länder eine Kumulierung von Finanzierungsverpflichtungen ergeben, insbesondere für Deutschland oder Frankreich. Während die Beitrags-Verteilschlüssel für die EU und die Eurozonen-Länder aufgrund der Kapitalquoten an der EZB relativ klar sind, sind die Verpflichtungen im Rahmen des IWF derzeit noch ungewiss.

Was die Schweiz anbetrifft, so stellt sich der Beitrag als IWF-Mitglied je nach Verteilschlüssel auf einen Betrag zwischen CHF 6 Mrd. und CHF 18 Mrd. Kommt die Kapitalquote zum Zuge, so beläuft sich der Schweizer Anteil auf 1.59% (= CHF 6.3 Mrd.). Wird die Finanzierung nur den 26 "reichen" Ländern aufgebürdet, so kommt der "alte NKV-Schlüssel" zur Anwendung. An diesem alten NKV ist die Schweiz mit 4.53% (= CHF 18 Mrd.) beteiligt. Kommt bereits der geplante neue NKV-Schlüssel zur Anwendung, der auch eine Mitfinanzierung potenter Emerging Markets einschliesst, dann wird der Schweizer Beitrag mit 2.97% (CHF 11.8 Mrd.) etwas geringer ausfallen. Wäre die Schweiz EU- und Euro-Mitglied, müsste sie, quotenmässig etwa vergleichbar mit Oesterreich, für Finanzausgaben von weiteren rund CHF 23 Mrd. geradestehen. Zusammen mit der IWF-Quote würde sich der potentielle Schweizer Beitrag auf CHF 29.4 Mrd. (IWF-Kapitalquote) bis CHF 41 Mrd. (alte IWF NKV-Quote) belaufen. Vergleicht man diese Beträge mit dem BIP 2009 oder den Bundesausgaben 2009, dann wird sofort klar, dass es sich um Beträge handelt, die schwerwiegende Folgen für das Budget der Eidgenossenschaft und die Staatsverschuldung hätten. Bezogen auf das BIP 2009 von CHF 536 Mrd. errechnet sich eine Belastung für die Volkswirtschaft von 5.5% bis 7.5%. Bezogen auf die gesamten Staatsausgaben gemäss OECD (inkl. Kantone und Gemeinden) errechnet sich eine Belastung von 15% bzw. 21%. Noch brutaler wäre die Belastung für den Bundeshaushalt, der diese Beträge effektiv bestreiten müsste. Im Jahre 2009 beliefen sich der operative Bundesaufwand auf CHF 55 Mrd. Es würde für die Schweizer Staatsfinanzen eine massive Zäsur bedeuten, wenn auf unseren

Staatshaushalt neue, wenn auch vorerst einmalige Verpflichtungen von CHF 29.4 Mrd. bis CHF 41 Mrd. zukämen, denn diese Beträge entsprächen 53% bzw. 75% der letztjährigen Bundesaussgaben. Würden diese Beiträge über neue Bundesschulden finanziert, dann nähmen die Bruttoschulden von CHF 109 Mrd. (Ende 2009) um 27% bis 38% auf CHF 138 Mrd. bzw. CHF 150 Mrd. zu. Diese Neuverschuldung müsste in den Folgejahren verzinst werden (2% = ca. CHF 600 Mio. bis CHF 1 Mrd.). Bezogen auf die 7.8 Mio. Einwohner der Schweiz errechnet sich ein potentieller Beitrag von CHF 3'770 bis CHF 5'250. Pro vierköpfige Familie ergäbe sich ein Betrag von CHF 15'000 bis 21'000.

Angesichts dieser Zahlen kann man von Glück sprechen, dass die Schweiz nicht EU oder Euro-Mitglied ist. Effektiv wird die Schweiz vorderhand erst in die EUR 280 Mrd. Hilfsaktion des IWF eingebunden, was basierend auf der Kapitalquote von 1.59% konkret einem Haftungsbetrag von rund CHF 6 Mrd. bzw. 10% des Bundesbudgets entspricht. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass ein anderer Verteilschlüssel zur Anwendung kommt, der diesen Betrag auf CHF 18 Mrd. verdreifachen könnte, was einem Drittel des Bundeshaushaltes 2009 entsprechen würde.

| Mrd. EUR 1 EUR = CHF 1.42 | Direkthilfe Griechen- land | Europäischer Stabilisierungs- mechanismus | Total | Theoretische Quote CH in % | Betrag in CHF Mrd. |
|---|---|--|--------------|---|-------------------------------------|
| Eurozone | 80 | 440 | 520 | 2.9 | 21.4 |
| EU-27 | | 60 | 60 | 1.9 | 1.6 |
| IWF | 30 | 250 | 280 | 1.59 | 6.3 |
| Total | 110 | 750 | 860 | | 29.4 |
| falls IWF Beiträge über NKV finanziert werden, alter Schlüssel | | | | | |
| IWF | 30 | 250 | 280 | 4.53 | 18.0 |
| Total | 110 | 750 | 860 | | 41.0 |
| falls IWF Beiträge über NKV finanziert werden, neuer Schlüssel | | | | | |
| IWF | 30 | 250 | 280 | 2.97 | 11.8 |
| Total | 110 | 750 | 860 | 2.97 | 34.8 |

Dass solche gigantischen Beträge nicht Phantasie sondern schmerzhaft Realität sind, zeigen die Beschlüsse (319:73:195) des deutschen Bundestages vom 20. Mai 2010, die eine Beteiligung bzw. Garantien Deutschlands von EUR 148 Mrd. am EUR 750 Mio. Rettungspaket für Not-Kredite an verschuldete Euro-Länder beinhalten. Dazu kommen die bereits zuvor beschlossenen EUR 22.4 Mrd. Beteiligung an der Griechenland Direkthilfe. Zusammen errechnet sich ein Deutschland Engagement von EUR 170 Mrd., was rund 7% des deutschen BIPs bzw. 16% des deutschen Staatshaushaltes entspricht.